

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: D8 88 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 116

23. Juni 1980

Dieter Sauberzweig, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich, schildert, wie die SPD die berufliche Bildung verbessern will: Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle!
Seite 1-3

Hans Kolo MdL sieht im CSU-Umweltpapier mehr Fragen als Antworten: Rückfall in die Wachstumseuphorie.
Seite 4/5

Herbert Berweltinger kritisiert Bernhard Vogels Äußerung, die Finanzierung der EG sei "ureigenste Bundesache": Vor Tisch las man's anders.
Seite 6/7

Fritz Gerstl MdB begrüßt die Verabschiedung des Besoldungsstrukturgesetzes 1980: In Zäher Kleinarbeit.
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle!

Die SPD will die berufliche Bildung verbessern

Von Dr. Dieter Sauberzweig
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich

Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik steht der Mensch. Für die jungen Mitbürger wie für uns ältere geht es um eine lebenswerte Zukunft in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft. Die Weichen für Morgen, die Weichen für die Beschäftigung und berufliche Entwicklung, werden entscheidend von der Bildungspolitik, die wir heute durchsetzen, bestimmt. Die nachwachsende Generation muß sich auf die tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vorbereiten. Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die günstigste Voraussetzung für eine Gewährleistung dieser Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ein optimaler Bildungs- und Ausbildungsstand jedes einzelnen ist.

Der Parteirat der SPD hat am 5. Mai 1980 einen wichtigen Beschluß zur "Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung" verabschiedet. Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB) unterstützt diesen Beschluß nachdrücklich.

Was ist Sinn und Ziel dieser Initiative? In den letzten Jahren haben wir unsere Anstrengungen vorwiegend wegen der geburtenstarken Jahrgänge darauf gerichtet, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dies reicht nicht mehr aus; für die Zukunft gilt es, die strukturellen Probleme zu lösen.

Ziel einer qualifizierten Berufsausbildung soll sein, jeden Jugendlichen zu befähigen, einen Beruf auszuüben, den ökonomisch-technischen Wandel mitzugestalten und sich beruflich und allgemein weiterzubilden.



Dabei sind die subjektiven Fähigkeiten des einzelnen die Grundlage der Selbstentfaltung; er muß in der Arbeitswelt bestehen und zur eigenverantwortlichen Mitgestaltung humaner Arbeitsverhältnisse beitragen können.

Es gibt aber nicht nur den beruflichen Bereich; doch wer in ihm Erfolg hat, hat die besten Voraussetzungen, auch seine persönlichen und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Drei Hauptbereiche sind von Interesse: Die berufliche Weiterbildung, Verantwortung in der Familie und in der Politik. Wer über all diese Möglichkeiten verfügt, kann Tendenzen in der Arbeitswelt entgegenreten, die die Arbeitsteilung, Hierarchisierung und Sinnentleerung der Arbeit vorantreiben; wer so ausgebildet ist, kann in Solidarität mit anderen Einfluß nehmen auf die Entwicklung und Anwendung von Technologien. Gleichzeitig dient ein derartig hoher Qualifizierungsstandard zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung und kann zur Überwindung regionaler und struktureller Schwächen beitragen.

Hier könnte eine Beschäftigungspolitik mit dem Ziel ansetzen, die Arbeit aller Schaffenden umzuverteilen, um die Beschäftigung aller zu sichern, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und die Vorteile der Rationalisierung, die Arbeitszeiterparnis, allen, und nicht nur einer kleinen bevorzugten Gruppe, zugänglich zu machen.

Diese gewünschte berufliche Qualifikation kann maßgeblich während der Phase der allgemeinen und beruflich-fachlichen Bildung erworben werden. Die schulische und berufliche Ausbildung müssen diesem Ziel gemäß ausgebaut und verändert werden.

Das fängt im Bereich der mittleren Schulstufe (Sekundarstufe I) an, setzt sich fort in der Stufe "berufliche Bildung" und muß das ganze Leben weiter offengehalten werden als berufliche Weiterbildung.

Die Lehrpläne aller Schulformen müssen die Arbeitswelt stärker berücksichtigen. Die Schüler sollen sich Einsichten in wirtschaftliche, technische und politische Zusammenhänge erarbeiten. Dies sollte ein alle Fächer durchdringendes Prinzip werden, und nicht nur das Fach Arbeitslehre bestimmen.

Wichtig ist, daß jeder Jugendliche zusammen mit seinen Eltern aufgrund sachlicher Informationen und einer zutreffenden Einschätzung der eigenen Fähigkeiten über den einschlagenden Berufsweg entscheiden kann; die Voraussetzung dafür muß eine arbeits- und berufsbezogene Bildung sein. Das setzt sowohl eine Änderung der Lehreraus- und -fortbildung als auch eine Kooperation der Lehrer aller Schulformen voraus.

Am Ende der Sekundarstufe I soll ein Abschluß stehen, der den Übergang in alle Bildungsgänge der Sekundarstufe II ermöglicht.

In der beruflichen Bildung wird auch künftig der Betrieb der zentrale Lernort sein. Die Jugendlichen müssen hier eine breite berufliche und gesellschaftliche Handlungskompetenz erwerben können; sie schließen ihre berufliche Bildung zunächst qualifiziert ab, wie es das Berufsbildungsgesetz vorsieht und wie sie heute schon in guten Ausbildungsstätten Praxis ist. Berufsbildung kann grob zweiphasig beschrieben werden: Auf einer die Berufsfeldbreite abdeckenden Grundbildung baut die erforderliche Fachbildung auf. Doch gehört zu einer umfassenden beruflichen Sozialisation mehr: Allgemeinbildende, soziale, musische und sportliche Inhalte. Das fordert eine zeitliche Umverteilung von fachbezogenen und allgemeinen Ausbildungsinhalten. Und auch die Pädagogen sollten sich umorientieren; ihre Arbeit sollte an den Erfahrungen, die die Jugendlichen in Elternhaus, Schule und Betrieb gesammelt haben, ansetzen und die Schüler befähigen, ihr Lernen verstärkt selbst zu gestalten. Die Abschlüsse der Berufsausbildung sollen den Abschlüssen anderer allgemeinbildender Bildungsgänge gleichgestellt werden und den Zugang zur beruflichen Weiterbildung eröffnen; berufliche Abschlüsse und zusätzliche Berufserfahrungen können qualifizierten Bewerbern den Zugang zum Hochschulstudium eröffnen.



Die Prinzipien der beruflichen Bildung gelten auch für die Stufe berufliche Weiterbildung; ein vielfältiges Angebot, ausreichende Förderungsmöglichkeiten. Jeder muß seine Kenntnisse auf die Höhe der Zeit bringen können, sie erweitern und dies sollte ihm den beruflichen Aufstieg ermöglichen.

Die Pädagogen sollten sich an den Bedürfnissen der Erwachsenen ausrichten und sich auf deren Erstausbildung und ihre Erfahrungen beziehen. In unserer Gesellschaft wird die Rationalisierung von Arbeitsprozessen zu Recht auch als Bedrohung der Arbeitsplatzsicherheit empfunden; dieser Bedrohung kann entgegengewirkt werden, wenn verbesserte Angebote in der Weiterbildung das Arbeitsvermögen erhalten oder neue Qualifikationen vermitteln. Flexibilität darf für die Betroffenen nicht zum Schreckwort werden. Viele, die eine betriebliche Ausbildung erhalten haben, werden in andere Betätigungsfelder überwechseln müssen. Das darf nicht mit dem Verlust des beruflichen und sozialen Status verbunden sein; die Folge wäre materielle Schlechterstellung und seelische Not. Um dies zu verhindern, muß der Zugang zu beruflicher Fortbildung und Umschulung erleichtert werden. Das gilt besonders für Arbeitslose.

Dies alles wird Geld kosten; verbesserte Qualität der Berufsausbildung erfordert wie die Verwirklichung jedes Bürgerrechts und wie jede Investition höhere Kosten.

Wir können uns nicht damit zufrieden geben, eine hinreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen bereitzustellen; wir müssen gleichzeitig die Qualität der Berufsausbildung ständig verbessern und den Bedürfnissen des einzelnen und der sich ständig wandelnden Gesellschaft anpassen. Bei unseren politischen Zielsetzungen und bei Berücksichtigung unserer bisherigen Erfahrungen ist es nötig, die Lernorte Schule und Betrieb, die produktionsabhängige und produktionsunabhängige Ausbildung inhaltlich besser zu verzahnen. Wer die Arbeitswelt human gestalten will, muß zuvor den Überblick über ökonomische, technologische und soziale Prozesse und ihren Zusammenhang erwerben.

Die Finanzierung muß sich an den Zielen orientieren; es darf nicht andersherum gehen, daß der Finanzrahmen vorgegeben wird, und wir nur verwirklichen, was die verantwortlichen Minister an Mitteln freigeben. Der Einsatz staatlicher Mittel soll künftig an eine Reihe von Mindestbedingungen geknüpft werden, die die ins Auge gefaßten Qualitätsverbesserungen garantieren. Mittel der öffentlichen Hand sollten insbesondere für den Bau und den laufenden Unterhalt über- und außerberuflicher Berufsausbildungsstätten eingesetzt werden. Um die Mittel sparsam auszugeben, ist eine optimale Zusammenarbeit von Bund und Ländern anzustreben. Beim Einsatz aller staatlichen Fördermittel ist die Mitbestimmung der Gewerkschaften - nicht zuletzt wegen ihres Sachverständes - sicherzustellen.

Wir können uns allerdings nicht damit zufrieden geben, die Berufsbildung lediglich aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren; tarifvertragliche Regelungen müssen hinzutreten. Die Fondsfinanzierung, die bereits 1974 von Wissenschaftlern vorgeschlagen wurde und gegen die sich die Wirtschaft erbittert gewehrt hat, muß auf der politischen Tagesordnung bleiben. Für den Finanzierungsteil des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes sind Bestimmungen vorzusehen, die eine kooperative Finanzierung der Berufsausbildung durch Bund, Länder und Wirtschaft vorsehen.

Diese Forderungen sind von den Erfahrungen der letzten Jahre her abgeleitet: Die staatlichen Maßnahmen waren weitgehend nicht an langfristigen und konjunkturunabhängigen Zielen orientiert; das Ausbildungsplatzangebot war nicht ausreichend und in der notwendigen Vielfalt gesichert; die Finanzierung aus Steuermitteln erfolgte ohne qualitätsfördernde Bedingungen. Das muß sich ändern, denn es geht um unsere Sicherheit und um unsere Zukunft; es geht darum, der Jugend den Weg in eine durch viele Umstände verunsicherte berufliche Zukunft leichter zu machen und sie zu befähigen, mit diesen Anforderungen fertig zu werden.
(-/23.6.1980/ks/ca)

+ + +



Mehr Fragen als Antworten**Das CSU-Umweltpapier: Ein Rückfall in die Wachstumseuphorie**

Von Hans Kolo Mdl

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

In Umweltfragen war die CSU schon einmal weiter. In ihrem unlängst veröffentlichten Umweltpapier macht sie den untauglichen und hilflosen Versuch, durch verbale Anbiederung aus dem Lager der Umweltbewußten Sympathien zu holen. Bei näherem Hinsehen erweist sich: In Zielkonflikten wird den wirtschaftlichen Forderungen stets ein Vorrang vor den Belangen der Ökologie eingeräumt, der Rückfall in die undifferenzierte Wachstumseuphorie ist offensichtlich.

Weil sich das Papier um wesentliche Fragen herumdrückt, entstehen Leerformeln. Einige Beispiele für solche Leerformeln:

Auf Seite 5: "Der Mensch kann nur als Teil der Natur in seiner Umwelt leben. Der Respekt vor der natürlichen Umwelt hat die Grenzen des Handelns zu setzen." Appelle an den Nächsten und an die Gesellschaft nützen nichts, ohne daß gleichzeitig gesagt wird, was man nun eigentlich will. So wird in vielen Bereichen eine negative Abgrenzung vollzogen. Einmal gegenüber den Grünen, einmal gegenüber der SPD - ohne daß man den eigenen Standpunkt auch definiert.

Weitere Beispiele für solche Leerformeln sind auf Seite 6: "Solidarität zwischen den Generationen erfordern eine langfristig angelegte Umweltpolitik". Ohne zu sagen, wie diese nun auszusehen hat.

Oder auf Seite 6 unten: "Notwendige Maßnahmen, Rücksichten und Kosten müssen für unser Planen so selbstverständlich werden wie zum Beispiel gesetzliche Sozialleistungen in eine Kostenkalkulation miteinbezogen werden." Dies ist zwar richtig und in den Berliner Beschlüssen der SPD niedergelegt, nur, wo ist die Praxis der CSU?

Oder als Beispiel auf Seite 21: Eine Selbstverständlichkeit auch zu Bestimmungen des Grundgesetzes zu verankern wie: "Grenzen der Sozialbindung von Land und Forstwirtschaft sind eindeutig zu definieren. Eingriffe in das Eigentum sind angemessen zu entschädigen". Dies ist für Sozialdemokraten nicht neu, sondern ständige Praxis.

Oder weitere Beispiele auf Seite 9: "Die Frage heißt nicht, ob wir Fortschritt wollen, sondern welchen Fortschritt." Ohne daß in diesem Papier gesagt wird, welchen Fortschritt nun die CSU meint.

Weiteres Beispiel auf Seite 9: "Denkverbote und Forschungsverbote bringen keine humanere Welt". Ohne zu sagen, wer sich denn für Denk- und Forschungsverbote ausspricht.

"Für die Siedlungsentwicklung im ländlichen Raum sind die entsprechenden eigenständigen Leitbilder für die Dorfentwicklung und den Denkmalschutz zu entwerfen." Auch hier sagt die CSU nicht, welches Leitbild sie anstrebt.

Dieses Positionspapier wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet. In seiner Unverbindlichkeit ist es in jeder Richtung interpretierbar. Es kann von der Wirtschaft für die weitere Zerstörung der Natur zum Zeugen angerufen werden ("Aktivitäten im Umweltschutz dürfen nicht zu einer irrationalen Verhandlungspolitik ausarten". Seite 7),



wie auch von engagierten Umweltschützern ("Auf dem Fundament einer Wertordnung muß in der Güterabwägung entschieden werden, was vom Machbaren als Fortschritt eingestuft und realisiert werden soll.") Wenn allerdings bei dieser Wertordnung von den Bibel-Zitaten "macht euch die Erde untertan" und "der Mensch als Krone der Schöpfung" ausgegangen wird, bleibt die Umwelt auch in Zukunft auf der Strecke.

Darüber können auch solche kritischen Sätze nicht hinwegtäuschen wie im Bereich der Kernenergie, in denen zwar einerseits (auf Seite 17) geschrieben wird: "Nur einer umfassenden Bewertung der ökologischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine verantwortungsbewußte Entscheidung möglich." Oder einen Satz weiter: "Eine Entscheidung für einen Energieträger ist nur vertretbar, wenn der Risikovergleich mit allen Alternativen umfassend geführt wird."

Dies sind genau die Positionen, die die Sozialdemokraten veranlaßt haben, die Option ohne Kernenergie zu leben, erst zu öffnen und in Berlin neu zu definieren. Die CSU verzichtet allerdings auf eine umfassende Bewertung der Rahmenbedingungen und einen Risikovergleich (Seite 17: "Wir haben die Sorge, daß von opportunistischen Grünen ... die Risiken der Kernenergie überschätzt werden.") und fordert ganz im Sinne eines quantitativen Energiewachstums die verstärkte Anwendung der Kernspaltungsenergie (Seite 16).

Dort wo neue, aber nur für die CSU neue, Ansätze einer ökologischen Position sichtbar werden, sind sie aus Programmen der SPD abgeschrieben. Wobei die Praxis der CSU in den vergangenen Monaten und Jahren deutlich gemacht hat, daß dieses Papier lediglich zum Einullen kritischer Bürger auch aus den kirchlichen Bereichen dienen soll. So wird zwar richtig festgestellt, daß ein Zuwachs des Bruttosozialproduktes noch kein Fortschritt ist, fordert aber umgehend quantitatives Wachstum zur Sanierung der durch dieses Wachstum entstandenen ökologischen und sozialen Schäden.

Man fordert zwar die Anwendung des Verursacherprinzipes und lehnt gleichzeitig das Abwasserabgabengesetz nicht nur im Bundesrat sondern auch alle Initiativen im Landtag ab.

Man fordert zwar einen Naturschutzfonds, aber die wiederholten Versuche der Sozialdemokraten im Landtag einen derartigen Fonds durchzusetzen, wurde jeweils von der CSU-Mehrheit abgelehnt.

Man fordert zwar das Überdenken der Flurbereinigung und die Zerstörung von Feuchtgebieten und kann sich andererseits nicht einmal gegen den Bauernverband und dessen Lobby in den eigenen Reihen der Fraktion durchsetzen. Das gilt in gleicher Weise für den Einsatz von Chemie in der Landwirtschaft.

Man spricht sich zwar für eine verstärkte Dezentralisierung aus, Anträge der SPD, ob bei Wasserversorgung oder Energieversorgung entsprechend zu handeln, wurden stets zurückgewiesen. Dabei wird noch der unsinnige Versuch gemacht, eine technische Dezentralisierung mit Subsidiarität gleichgesetzt wird.

Man spricht von Sparen und Erhalten als wichtigen Eigenschaften, lehnt aber gleichzeitig mit großer Mehrheit die Forderung nach Einführung eines Flaschenpfandes, die übrigens von der Industrie unterstützt wurde, vom Landtag ab. (-/23.6.1980/hi/oa)

+ + +



Vor Tisch las man's anders

Zur Behauptung des Mainzer Ministerpräsidenten Vogel,
Europas Finanzierung sei "ureigenste Bundessache"

Von Herbert Berweitinger

Stellvertretender Vorsitzender der Europa-Kommission beim Parteivorstand
der SPD und stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union Rheinland-Pfalz

"Die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft ist ureigenste Bundessache", erklärte der rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel in seiner ersten Stellungnahme zu der Erklärung der Bundesregierung; der Bund könne die Lasten des Brüsseler Kompromisses nicht mehr allein tragen, sondern nur noch gemeinsam mit den Ländern.

Die lapidare Feststellung des am gleichen Tag in die erweiterte Strauß-Mannschaft berufenen Bernhard Vogel mußte jeden überraschen, der das europäische Engagement des Bernhard Vogel und der unionsgeführten Bundesländer ernst genommen hatte. Dr. Vogel, gerade Nachfolger des in der Bundestagswahl gescheiterten Helmut Kohl geworden, hatte nämlich in seiner Regierungserklärung vom 2. Juni 1976 noch erklärt, seine Regierung werde "angesichts der Auswirkungen europäischer Politik auf die Länder dafür eintreten, daß die Bundesländer mehr als bisher ihr Interesse in den Entscheidungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft einbringen können".

Und als ein halbes Jahr später, im Mai 1977, die SPD-Landtagsfraktion in einer Großen Anfrage zum Thema "Europäische Einigung und Rheinland-Pfalz" von der Regierung wissen wollte, was die Ankündigung in Vogels Regierungserklärung konkret bedeute, da bekannte sich Rheinland-Pfalz nicht nur verbal zur Förderung des europäischen Einigungswerks, sondern auch klipp und klar zu der Auffassung, "daß neben dem Bund auch die Länder aufgerufen sind, an der Bewältigung dieser großen Aufgabe mitzuwirken, und zwar auf möglichst breiter Basis, die von der einzelnen persönlichen Begegnung über die Mitwirkung im Bundesrat bis zum Abschluß zwischen staatlichen Vereinbarungen reicht".

Davon, daß die Europäische Gemeinschaft (und damit auch ihre Finanzierung) "ureigenste Bundessache" sein soll, war nicht die Rede. Im Gegenteil: Die Landesregierung verwies



auf ihre und anderer Landesregierungen Bemühungen in der Enquête-Kommission, den Ländern einen wirksamen Einfluß auf EG-Entscheidungen zu verschaffen, die nach deutschem Verfassungsrecht innerstaatlich zum ausschließlichen Kompetenzbereich der Länder gehören oder sonstige wesentliche Interessen der Länder berühren.

Dieses Thema, das die Ministerpräsidenten in einer einstimmig angenommenen Entschlie-
bung in ihrer Sitzung Ende Oktober 1976 gemeinsam behandelten, verdient es sicher,
daß es wieder auf die Tagesordnung kommt, aber ohne Ausklammerung möglicher finanziel-
ler Konsequenzen, wenn das gemeinsame europäische Engagement von Bund und Ländern
nicht von "Mitbestimmung ohne Mitverantwortung" geprägt sein soll.

An den Finanzen der EG hat übrigens Rheinland-Pfalz (Vogel: "Kernland Europas") ein
ganz besonderes Interesse, weil im Lande Landwirtschaft und Weinbau noch große Be-
deutung zukommt, die an den Leistungen Brüssels entsprechenden Anteil haben. Aber
Gelder aus der EG sind, wie in der Regierungsantwort an die SPD-Landtagsfraktion
nachzulesen ist, nicht nur in Dutzenden von Millionen in die rheinland-pfälzische
Land- und Weinwirtschaft zurückgeflossen, sondern auch in die Wirtschaft und in
den Sozialbereich.

Wenn Dr. Vogel heute, im Wissen darum, daß die neuen finanziellen Belastungen aus
dem Agrarbereich herrühren, die Finanzierungsprobleme völlig uninteressiert allein
dem Bund zuschiebt, sollte er bedenken, daß die CDU im allgemeinen und sein Landwirt-
schaftsminister im besonderen, die Preiserhebungen in der EG nie an die untere, sondern
an die obere Grenze gerückt sehen wollten, also die überteuerte europäische Agrar-
politik durchaus in den finanziellen Auswirkungen mitverantworten haben.

In der Antwort der Regierung Vogel von 1977 hörte sich das so an: "Für die Agrar-
wirtschaft ist positiv zu bewerten, daß die einheitlichen Marktordnungssysteme zu ei-
ner Stabilisierung der Erzeugerpreise beigetragen haben; davon profitiert auch die
Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz." Das ist sicher auch heute noch richtig.

Und da soll der von der Agrarfinanzierung herrührende Brüsseler Kompromiß das Land nur
formal, nicht aber finanziell interessieren? Natürlich ist es den Bundesländern, auch
Rheinland-Pfalz, nicht anzulasten, wenn sie nicht gerade freudig reagieren, wenn ihr
Anteil an der Umsatzsteuer wegen der neuen Belastungen für den Bund (Türkeihilfe,
Verteidigungsaufwendungen, EG-Finanzierung) zugunsten des Bundes verändert werden soll.
Aber angesichts des existentiellen Interesses der Länder, vor allem auch des Landes
Rheinland-Pfalz, am Bestand der Europäischen Gemeinschaft ist es unmöglich, die Pro-
bleme mit dem Hinweis auf die "ureigenste Aufgabe des Bundes" vom Tisch zu fegen.

(-/23.6.1980/bgy/ca)



In-zäher Kleinarbeit

Zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher
Vorschriften - Besoldungsstrukturgesetz 1980

Von Fritz Gerstl MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Auf den Sicherheitspolitischen Bundestagungen der SPD-Bundestagsfraktion 1978 in Leverkusen, 1979 in Bremen und 1980 in Köln erklärten die Bundesminister der Verteidigung Georg Leber, Hans Apel, der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner und die Mitglieder der SPD im Verteidigungsausschuß in völliger Übereinstimmung, daß nach umfangreichen Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr die Zeit gekommen sei, den sozialen Problemen der Soldaten eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. In monatelanger Vorarbeit sowohl im Bundesministerium der Verteidigung, in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts Finanzen und Inneres, in zäher Kleinarbeit in einer interfraktionellen Projektgruppe "Zulagewesen", in Klausurtagungen der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Fraktion, in zahllosen Gesprächen mit den Kollegen des Innen- und des Haushaltsausschusses wurden zunächst bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes 1980 die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, damit die notwendigen Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht werden konnten.

Wegen der ressortübergreifenden Probleme und der Einpassung in das Sozialgefüge unseres Staates war es nicht verwunderlich, daß sich die Gewerkschaften, die Berufsverbände und die Sozialpolitiker unserer Fraktion in jeder Frage zu Wort meldeten. Zuletzt war es noch der Bundesrat, der die Auswirkungen von Vorlagen der Bundesregierung auf die Länder kritisch unter die Lupe nahm. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Karl Liedtke, hatte die unangenehme Aufgabe, in Gesprächen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften und den Ländervertretungen herauszufiltern, was noch zustimmungsfähig war und was ohne größere Schwierigkeiten einer späteren Regelung überlassen werden konnte. Das letzte Glied in der Kette zur Verbesserung der sozialen Maßnahmen in dieser Legislaturperiode hat am Mittwoch den Deutschen Bundestag passiert.



Mit einer Gesetzesnovellierung zur Unterhaltssicherung wurde nach jahrelangen Bemühungen die Mietbeihilfe für Wehrpflichtige neu geregelt. Im Siebenten Gesetz zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes, dem der Bundesrat am 13. Juni zugestimmt hat, wurden wesentliche Fragen der Berufsförderung, der Dienstzeit, der Unfall- und der Beschädigtenversorgung neu geregelt. Darüber hinaus wurden in dem gleichen Gesetz die Stellenzulagen für das fliegende Personal, für Nachprüfer von Luftfahrgerät, für Personal der Bundeswehr in der Nachrichtengewinnung und der Kompaniefeldweibel wesentlich angehoben. Im Verordnungswege wurde die Erschwerniszulage im Bereich der Seestreitkräfte der Marine und die für die Beseitigung von Kampfstoffmunition aus den Weltkriegen verbessert.

Im Besoldungsstrukturgesetz ging es um die Angleichung des Ortszuschlages für Kasernierte, um einen finanziellen Ausgleich für übermäßige Dienstzeitbelastung, die Anhebung des Stellenanteils für Hauptfeldweibel in A 9 und die Erstreckung der Polizeizulage auf Feldjäger der Bundeswehr. Bedeutungsvoll ist, daß die Einführung des Spitzenamtes A 9 mit Amtszulage für herausgehobene Funktionen im gesamten mittleren Dienst auch für Soldaten gilt. Verbesserungen, wie sie für den gesamten Beamtenbereich vorgenommen wurden, haben ebenfalls Auswirkungen für Zeit- und Berufssoldaten.

Die sozialliberale Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und hier die Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen, haben damit unter Beweis gestellt, daß sie bereit und in der Lage sind, die notwendigen Entscheidungen für die Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten auch durchzusetzen. Die Versprechungen von Leverkusen, Bremen und Köln sind damit eingelöst. (-/23.6.1980/hl/ca)

+

+

+

Verantwortlich: Willi Carl

